

V-4 Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach

Gremium: Grüne Jugend KV Frankfurt am Main
Beschlussdatum: 26.09.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Bergkarabach. Der armenische Name
2 lautet Arzach, aber wir benutzen in diesem Antrag den international üblichen
3 Namen Bergkarabach. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidshans. Für uns ist aber
4 klar: der Angriff steht nicht für sich allein, sondern ist eingebunden in
5 geopolitische Interessen und Konflikte. Dementsprechend benötigt es eine
6 internationalistische Analyse und politische Praxis unsererseits, um die
7 Menschen in Bergkarabach vor Tod, Unterdrückung und Vertreibung zu schützen,
8 sowie uns hier in der Bundesrepublik mit der migrantisch-armenischen Community
9 zu solidarisieren.

10 Worum geht es jetzt? – Zur aktuellen Situation

11 Nach einer neunmonatigen Blockade des Latschin-Korridors und der humanitären
12 Krise, die daraus erfolgte, startete Aserbaidshans am 19.09.2023 einen
13 militärischen Großangriff auf die Region. Dabei starben mindestens 200 Menschen
14 und über 400 wurden verletzt. Hunderte werden immer noch vermisst. Zehntausende
15 befinden sich seitdem auf der Flucht. Neben der Blockade des Latschin-Korridors,
16 der die einzige Verbindung Bergkarabachs mit der Republik Armenien herstellt,
17 hat das aserbaidshansische Militär weitere Binnenblockaden eingeführt. Dadurch
18 sind ganze Dörfer und Städte von der Außenwelt abgeschnitten. Humanitäre Hilfe
19 wird dringend benötigt. Das Rote Kreuz darf vereinzelt Hilfslieferungen in
20 bestimmte Regionen ausführen. Der Zugang zur medizinischen Versorgung fehlt und
21 macht die Situation umso schwieriger für die Menschen vor Ort.

22 Der Alijew-Clan

23 Der autoritäre Staatschef Aserbaidshans, Ilham Alijew, schürt seit Jahren Hass
24 gegen Armenier*innen, unterdrückt oppositionelle Kräfte mithilfe eines riesigen
25 Sicherheitsapparates und lässt politische Gegner*innen verhaften.

26 Von Nationalismus getrieben, stellt er auch die territoriale Integrität des
27 Nachbarlandes Armenien infrage. Die armenische Regierung hat die territoriale
28 Integrität Aserbaidschans im Mai 2023 anerkannt und auch die Region
29 Bergkarabach, die mehrheitlich von Armenier*innen bewohnt ist, als Teil
30 Aserbaidschans akzeptiert.

31 Aserbaidschan wird seit nun 50 Jahren mit einer kurzweiligen Unterbrechung vom
32 Alijew-Clan regiert. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2023 von Reporter ohne
33 Grenzen befindet sich Aserbaidschan auf Platz 151 von 180. Im Demokratieindex
34 2022 wird Aserbaidschan auf Platz 134 von 167 eingestuft.

35 Alijew macht sich den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zunutze. Er
36 stillt den Bedarf der EU an fossilen Energieträgern und setzt diese als
37 Druckmittel gegen die europäische Staatengemeinschaft ein. Nato-Generalsekretär
38 Jens Stoltenberg lobte Aserbaidschan als zuverlässigen Partner.

39 **Der Panturkismus – eine transnationalistische Ideologie**

40 Die Armenier*innen befürchten einen neuerlichen militärischen Angriff auch auf
41 das Staatsgebiet der Republik Armenien. Die Ideologie des Panturkismus stellt
42 für die kleine Republik eine ernsthafte Existenzbedrohung dar. Der Panturkismus
43 ist eine nationalistische Ideologie, die die Bestrebung verfolgt, alle
44 Turkvölker (u.a. Türk*innen, Azeris oder Turkmen*innen) kulturell und
45 geografisch zu vereinen.

46 Dass Armenier*innen Opfer eines osmanischen Genozids wurden, getrieben durch das
47 jungtürkische Regime im Ersten Weltkrieg, ist bis heute ein rotes Tuch für
48 türkische Nationalist*innen - die Anerkennung des Genozids an den Armenier*innen
49 wird vom türkischen Staat geleugnet. Doch die Leugnung des Genozids geht über
50 das türkisch-rechte Spektrum hinaus, denn auch in nicht-rechten türkisch-
51 migrantischen Kontexten ist die Anerkennung des Genozids umstritten.

52 **Die Türkei als Komplize**

53 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Alijew sich von bloßen Aufforderungen
54 internationaler Partner unbeeindruckt lässt. Ferner wird er durch das NATO-
55 Mitglied Türkei in seinen bisherigen Bestrebungen unentwegt und tatkräftig
56 unterstützt.

57 Nach seinem Militäreinsatz ist Aserbaidschan für die Sicherheit und die
58 Einhaltung der Rechte der Armenier*innen verantwortlich. Aktuell ist die
59 armenische Bevölkerung in der Region schutzlos. Menschenrechtsorganisationen wie
60 das Lemkin-Institut für Völkermordprävention oder die Gesellschaft für bedrohte
61 Völker warnen seit 2022 vor einem Genozid. Laut Art II (c) der UN-

62 Völkermordkonvention liegt der Tatbestand eines Genozids bei einer vorsätzlichen
63 Auferlegung von Lebensbedingungen vor, die geeignet sind, die körperliche
64 Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen.

65 Bereits am 22. Februar 2023 sowie zuletzt im Juli 2023 forderte der
66 Internationale Gerichtshof (IGH) Aserbaidshans auf, alle Maßnahmen zu ergreifen,
67 um einen ungehinderten Personen-, Fahrzeug- und Güterverkehr entlang des
68 Latschin-Korridors in beide Richtungen zu gewährleisten.

69 **Positionierungen im UN-Sicherheitsrat**

70 In der Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates vom 21. September
71 verurteilten die Außenministerinnen Deutschlands und Frankreichs die
72 militärische Aggression Aserbaidshans gegen die Armenier*innen in Bergkarabach
73 und forderten Aserbaidshans dazu auf, die territoriale Integrität Armeniens zu
74 respektieren. Ferner verlangten sie nach internationalem Recht
75 Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs vonseiten
76 Aserbaidshans.

77 Die Republik Armenien ist eine junge postsowjetische Demokratie, die aufgrund
78 der jüngsten Entwicklungen in Bergkarabach in eine schwere innenpolitische Krise
79 stürzte. Die Außenministerin Annalena Baerbock forderte, dass die Demokratie in
80 Armenien nicht durch dritte Staaten unterminiert werden sollte. Die Republik
81 Armenien hat angesichts des russischen Versagens als Schutzmacht für den
82 Waffenstillstand in Bergkarabach seine bisher engen Beziehungen zu Russland
83 gelockert und versucht, sich dem Westen anzunähern. Das wiederum verschlechtert
84 auch die Beziehungen zu Armeniens direktem Nachbarn Iran.

85 **Deutschlands historische Verantwortung**

86 Wir erwähnen mit Nachdruck, dass Deutschland eine besondere historische
87 Verantwortung gegenüber Armenier*innen trägt. 2016 hat der Bundestag in seiner
88 Resolution zur Anerkennung des Genozids an den osmanischen Christen dies zum
89 Ausdruck gebracht. Während des Ersten Weltkriegs war das Deutsche Kaiserreich
90 militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches und daher besonders
91 umfassend über die Vernichtung der Armenier*innen und anderer christlicher
92 Bevölkerungsgruppen informiert. Dennoch hat die deutsche Staatsführung den
93 Genozid damals stillschweigend hingenommen. Der Bundestag bekannte sich in
94 seinen Resolutionen von 2005 und 2016 ausdrücklich zu seiner historischen
95 Mitverantwortung.

96 **Unsere Forderungen**

97 Damit dennoch ein dauerhafter Frieden ermöglicht werden kann, fordern wir:

- 98
- **Sicherheitsgarantien für die armenische Bevölkerung Bergkarabachs:**
99 Aserbaidshans muss sich dazu verpflichten Sicherheitsgarantien für die
100 armenische Bevölkerung Bergkarabachs nach internationalem Recht zu geben.

 - **Die territoriale Integrität Armeniens muss von Aserbaidshans akzeptiert werden.** Die Türkei als NATO-Mitglied sollte mit dem Säbelrasseln aufhören.
101
102

 - **Die vollständige Öffnung des Latschin-Korridors für den Personen- und Güterverkehr in beide Richtungen!**
103
104

 - Es bedarf einer **entmilitarisierten Zone zwischen Armenien und Aserbaidshans.**
105
106

 - Eine internationale Beobachtermission soll in die Region entsandt werden, um als Drittpartei die Rolle einer Vermittlung übernehmen zu können.
107
108

 - **Konsequente Aufklärung der Korruptionsaffäre Aserbaidshans:** Das Alijew-Regime hat Kaviar-Diplomatie in Deutschland und der EU betrieben. Unter der Kaviar-Diplomatie sind Bestechungen oder die Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse zu verstehen, die auf Luxusgeschenken basieren.
109
110
111
112
113

 - Sollte Aserbaidshans sich nicht an internationales Recht halten und die armenische Bevölkerung im Land ihrer Rechte berauben oder sie vertreiben, muss Deutschland gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten **Wirtschaftssanktionen gegen Aserbaidshans** verhängen. Vermögen von Mitgliedern des Alijew-Clans im Ausland sollten eingefroren werden.
114
115
116
117
118

 - Die Grüne Jugend Frankfurt stellt diesen Antrag auf dem Bundeskongress des Bundesverbandes der Grünen Jugend mit dem Auftrag einen entsprechenden Antrag für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bündnis90/Die Grünen am 23. November 2023 zu stellen. Ferner vertreten wir diese Forderungen als Verband, insbesondere in der Öffentlichkeit und machen Druck im Sinne und in Solidarität mit den Menschen in Bergkarabach.
119
120
121
122
123
124

125 **Wichtige Themen nicht den Rechten überlassen**

126 Außerdem möchten wir betonen, dass dieser Konflikt im Kern kein religiöser
127 Konflikt ist. Innenpolitisch versuchen rechte Kräfte in Deutschland, unter
128 anderem die rechtsextreme Partei, die AfD, die Situation im Südkaukasus für ihre
129 politische Hetzkampagne zu instrumentalisieren, indem sie gezielt den
130 christlichen Hintergrund der Armenier*innen gegen den muslimischen Hintergrund
131 der Türk*innen oder Aserbaidshaner*innen auszuspielen versuchen. Wir treten
132 entschieden gegen diesen Versuch der gesellschaftlichen Spaltung ein.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.